

Die Vereinten Nationen und das Meer

Liebe Leserinnen und Leser,

fast drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Die Ozeane bilden die größte Biosphäre des Planeten und beherbergen über 80 Prozent des Lebens auf der Erde. Sie erzeugen die Hälfte des weltweiten Sauerstoffs und absorbieren ein Viertel aller CO₂-Emissionen. Trotz dieser Bedeutung erfahren die Ozeane als wichtige Lebensräume nur eine relativ geringe Aufmerksamkeit in den internationalen Beziehungen. Die Verschmutzung der Weltmeere nimmt stetig zu. Neben den umweltpolitischen Entwicklungen ist in den letzten Jahren der Grundsatz der Freiheit der Meere von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren immer wieder herausgefordert worden. Kurzum: Es besteht ein weltweiter Regelungs- und Handlungsbedarf, um die Verschmutzung der Meere einzudämmen und Konflikte auf hoher See zu begrenzen. Welche Aspekte einer internationalen Meerespolitik zu berücksichtigen sind und welche Rolle die Vereinten Nationen dabei spielen, untersuchen die Autorinnen und Autoren in dieser Ausgabe.



Mit dem Ziel 14 (»Leben unter Wasser«) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bekunden die UN und ihre Mitgliedstaaten erstmals den Willen, die Ozeane und ihre Ressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. [Barbara Neumann](#), [Sebastian Unger](#) und [Martin Visbeck](#) sehen darin eine große Chance für den Meeresschutz. Die Umsetzung steht jedoch vor komplexen Herausforderungen. Einige davon betreffen beispielsweise die Malediven. In der Rubrik »Drei Fragen an« spricht die derzeitige residierende Koordinatorin und Vertreterin vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) für die Malediven [Shoko Noda](#) über dortige Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt. Aber auch die nachhaltige Nutzung des Meeresbodens muss erst noch umgesetzt werden: [Aline Jaeckel](#) empfiehlt in ihrem Standpunkt, dass die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) klare Regeln für den kommerziellen Tiefseebergbau entwickeln sollte. Über die Auslegung des UN-Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) wacht seit über 20 Jahren der Internationale Seegerichtshof (ITLOS) mit Sitz in Hamburg. [Nele Matz-Lück](#) betrachtet in ihrem Beitrag diese wichtige und dem UN-System verwandte Institution genauer. Neben den rechtlichen und umweltpolitischen Aspekten sind die Ozeane jedoch auch Gegenstand sicherheitspolitischer Auseinandersetzungen, die die »Freiheit der hohen See« zunehmend herausfordern. Diese Entwicklungen erfordern ein Überdenken der bestehenden Meeressicherheitspolitik unter Einbindung der UN, betont [Kerstin Petretto](#).

Ich wünsche eine anregende Lektüre mit kosmopolitischen Einblicken.

Patrick Rosenow,
Leitender Redakteur